



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 09.02.2012

MdL Manfred Groh (CDU) kritisiert einseitige Ausrichtung der Landesregierung beim Straßenbau – Großes Konfliktpotential innerhalb der Landesregierung

Die von der grün-roten Landesregierung skizzierte Ausgestaltung der zukünftigen Verkehrsplanung im Land stößt bei Landtagsabgeordneten Manfred Groh auf größte Skepsis. Er sieht darin langfristig eine Gefahr für die Wirtschaft und ihren Beschäftigten in der Region und im Land. Mit seinem parlamentarischen Antrag (Drucksache 15/1066) forderte er von der Landesregierung Auskunft über die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Landesstraßen in der Region Mittlerer Oberrhein.

Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass sie eine weitere Stärkung der Verkehrsinfrastruktur, die der wirtschaftlichen Fortentwicklung dient, nur noch in Einzelfällen für notwendig und vertretbar erachtet. Für eine Landesregierung, die sich das Thema Nachhaltigkeit groß auf die Fahnen geschrieben hat, ist dieser Schritt verwunderlich. Eine gut funktionierende, gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist maßgeblich für den Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger. Gerade Baden-Württemberg mit seiner exportorientierten Wirtschaft ist auf gute Verkehrswege, auf vorbildliche Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Diese erhält man jedoch nicht von heute auf morgen und schon gar nicht zum Nulltarif.

Darüber hinaus unterstreicht die Antwort des Verkehrs- und Infrastrukturministeriums (MVI) die zukünftige Vorgehensweise der Landesregierung: Erhalt vor Neubau. Ich halte diese einseitige Ausrichtung für falsch. Meines Erachtens brauchen wir eine wohlüberlegte Mischung aus beidem, dem Erhalt einerseits und dem Neubau andererseits. Dies gilt umso mehr als Mängel im Straßennetz erst mit einer mittel- bis langfristigen Verzögerung zu Tage treten. Diese Mängel können wiederum mitunter erst nach Jahren behoben werden, denn jeder weiß wie viel Zeit die Planung und der Bau von Straßen in Anspruch nimmt.

Die Antwort des MVI hat darüber hinaus offengelegt, dass das durchschnittliche tägliche Verkehrsaufkommen im Landkreis Karlsruhe mit rund 7.000 Kraftfahrzeugen (in 2010) deutlich über dem Landesdurchschnitt von 4.700 Kfz lag. Darüber hinaus wurden seit dem Jahr 2000 insgesamt rund 105 Mio. Euro in den Erhalt, den Ausbau und den Neubau von Landesstraßen in der Region Mittlerer Oberrhein investiert. Die Landesregierung stimmt darüber hinaus mit der Meinung von Manfred Groh überein, wonach eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ist, wenngleich sich die daraus zu ziehenden Konsequenzen grundlegend unterscheiden.

Die Zielsetzung der Landesregierung den Ausbau der Landesstraßen zukünftig u.a. nach ökologisch vertretbaren Maßnahmen ausrichten zu wollen, passt zu Grün-Rot, hilft den Menschen insgesamt aber nicht weiter.

Die Widersprüchlichkeit, das große Streitpotential innerhalb der Landesregierung, wird zunehmend deutlicher. Einerseits bestätigt das Verkehrsministerium, dass die bestehende Verkehrsinfrastruktur insbesondere das bestehende engmaschige Landesstraßennetz eine sehr große Erreichbarkeits- und Verbindungsqualität aufweist. Danach sei eine weitere Stärkung der Verkehrsinfrastruktur mit dem Ziel die wirtschaftliche Entwicklung zu forcieren, nur in Einzelfällen notwendig und vertretbar.

Andererseits erklärte Ministerpräsident Kretschmann bei der Generaldebatte zum Haushalt 2012 am Mittwoch dieser Woche (08.02.2012) etwas ganz anderes. Wörtlich sagte er nämlich: „Wenn mir der Ramsauer mehr Geld gibt, baue ich auch mehr Straßen.“

Auf Karlsruhe bezogen heißt das, die zweite Rheinbrücke könnte sofort gebaut werden, wenn endlich der Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren nicht mehr behindert wird und die Zusage des Bundesverkehrsministers Ramsauer zur Finanzierung dieser Baumaßnahme vom Land und von der Stadt uneingeschränkt akzeptiert wird.